

Unter Vorbehalt

V e r m e r k

Über ein Gespräch des Bundeskanzlers mit Botschafter Falin am 12. November 1974 im Bundeskanzleramt

1. Der Bundeskanzler hatte dem Botschafter dieses Gespräch in Kiew zugesagt aufgrund einer Bemerkung von Herrn Falin, es gebe durchaus noch Möglichkeiten, die bestehenden Verträge besser auszuschöpfen.

Das Gespräch fand unter vier Augen statt. Die Aufzeichnung erfolgt aufgrund handschriftlicher Notizen des Bundeskanzlers. Sie steht unter dem Vorbehalt der Überprüfung.

2. Falin führte aus, daß die Sowjetunion nicht bereit sei, mit den Bundesämtern in Berlin (West) zusammenzuarbeiten, weder mit deren Leitern oder stellvertretenden Leitern oder in anderer Form. Die Bundesregierung würde sich vernünftig verhalten, wenn sie diese Personen gar nicht erst benennen würde. Dabei könne man noch einen Unterschied machen, ob es sich um Veranstaltungen auf bundesdeutschem Boden handele oder außerhalb. Anders lägen die Dinge, wenn jemand z.B. eine Professur habe und nebenamtlich in einem dieser Ämter arbeite.

Der Botschafter schlug vor, man solle im Vorwege klären, welche Personen für eine Zusammenarbeit in Betracht kommen.

3. Nach Meinung des Botschafters sei eine Einigung bei dem Zwei-Jahres-Kalender für das Kulturabkommen, bei der Rechtshilfe und bei den Touristikbüros bald möglich. Die

Bundesregierung solle einen Zeitplan vorschlagen. Der sowjetischen Seite sei es ebenso recht, schrittweise vorzugehen wie alles auf einmal zu erledigen.

4. Während des Aufenthalts von Bundesminister Bahr in Moskau im März 1974 habe man sich über zwei Punkte geeinigt:

- Konsularische Vertretung auch juristischer, nicht nur natürlicher Personen aus Berlin (West)
- Konsularische Vertretung natürlicher Personen aus Berlin (West), unabhängig von ihrem derzeitigen Aufenthaltsort.

Beide Punkte seien bisher noch nicht formalisiert worden. Der Bundeskanzler könnte in einem Brief an Breschnjew dies erwähnen und Termin und Form einer Formalisierung vorschlagen.

5. Falin wies noch einmal darauf hin, daß die Bundesregierung es in der Hand habe, die positive Erledigung der Punkte 2, 3 und 4 nach ihrer innenpolitischen Präferenz zeitlich zu steuern. Die Sowjetunion werde sich unseren Vorschlägen anschließen.

6. Falin schlug vor, ein bis zwei neue größere Projekte abzuschließen, an denen Westberliner Firmen beteiligt werden, z.B. Bau einer chemischen Fabrik oder Werkzeugmaschinenbau (Siemens, Schering, Fritz Werner).

7. Ein bis zwei Projekte einer derartigen Zusammenarbeit könnten auch auf dem technisch-wissenschaftlichen Gebiet liegen. Man könne doch ein wissenschaftliches Thema zugleich in Moskau, in Berlin (West) und in der Bundesrepublik gemeinsam bearbeiten, ohne das technisch-wissenschaftliche Abkommen abzuwarten. Ein Beispiel wäre

die Zusammenarbeit der Siemens-Laboratorien in Berlin (West) und in der Bundesrepublik und der entsprechenden Einrichtungen in Moskau über die Technik von Hochspannungsleitungen über weite Strecken.

8. Die Sowjetunion sei Gesprächsbereit, eine Gasleitung nach Berlin (West) zu führen, z.B. als Abzweigung einer Methanalleitung SU - BRD. Wenn der Bundeskanzler dazu Vorschläge machen wolle, garantiere er, der Botschafter, daß die sowjetische Seite im Eiltempo entscheiden werde. Seine Seite sei auch dafür, mit Berlin (West) auf medizinischem Gebiet zusammenzuarbeiten, z.B. bei Kardiologie, Krebsforschung, Pharmakologie und Genetik.

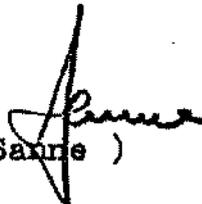
Der Bundeskanzler warf ein, er sei auch interessiert an beschäftigungspolitisch relevanten Projekten in Nordrhein-Westfalen.

9. Zur KSZE ließ Falin die Sorge seiner Regierung erkennen, daß die Ersetzung von Herrn Brunner durch Herrn Blech zu einer stärkeren Entfernung der Positionen Moskaus und Bonns führen könne. Man habe auch die Besorgnis, daß das AA versuchen könnte, in Genf das Karlsruher Urteil zu verwirklichen.

Der Bundeskanzler bemerkte hierzu, daß für ihn vor allem die Frage des peaceful change wichtig sei.

Der Botschafter wies darauf hin, daß das AA auf dem Standpunkt stehe, alle Prinzipien müßten gleichrangig sein und in einem Paket verbunden werden. Dies sei unmöglich. Die Sowjetunion bleibe bei ihrem Standpunkt, daß alle Prinzipien mit der gleichen Striktheit er-

füllt werden müßten. Bundesminister Genscher habe gegenüber Minister Gromyko einmal von "identisch", ein anderes Mal von "gleichwertig" gesprochen. Der Botschafter wies darauf hin, daß es in dem Punkt "Unverletzlichkeit der Grenzen" eine Rangfrage für Polen gebe.


(Genscher)

Verteiler:

Chef BK

AL IV

AA (Meyer-Landrut)

AL II

II/1 (Konzept)